

# Konzernverantwortung: Wirtschaft ist gespalten

Ikea und der welsche Verband multinationaler Konzerne fordern einen Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative. Damit stellen sie sich gegen Economiesuisse.

## Stefan Bühler

Vor einem Monat wurden mit der Enthüllung der «Paradise Papers» umstrittene, mitunter zwielichtige Geschäftspraktiken internationaler Konzerne publik; betroffen waren auch Unternehmen mit Sitz in der Schweiz. Das sorgte für Aufsehen - und stellte die Strategie der Wirtschaft infrage, die Konzernverantwortungsinitiative ohne Gegenvorschlag abzulehnen. Das Volksbegehren fordert von Firmen die Einhaltung der Menschenrechte und von Umweltstandards im In- und Ausland. Dem Bundesrat, Bürgerlichen und Wirtschaftsverbänden gehen die Forderungen zu weit.

Unter dem Eindruck der «Paradise Papers» beschloss die Rechtskommission des Ständerats aber Mitte November einen indirekten Gegenentwurf zur Initiative, der zwar deren wichtigste Anliegen aufnimmt, jedoch deutlich weniger Firmen betrifft. In dieser Woche wird sich die Rechtskommission des Nationalrats damit befassen. Und jetzt zeigt sich, dass die Wirtschaft

alles andere als geschlossen agiert. So spricht sich der Westschweizer Verband «Groupement des Entreprises Multinationales» für einen Gegenvorschlag aus; dem Verband gehören rund 100 Firmen mit insgesamt 35 000 Angestellten an. Die Firmen seien sich ihrer Verantwortung für Umwelt und soziale Standards bewusst, deren Einhaltung sei eine Notwendigkeit, heisst es in einem Schreiben an die Mitglieder der Rechtskommission.

Ähnlich äussert sich in einem Brief an die Parlamentarier auch Ikea Schweiz: Man setze sich schon jetzt dafür ein, dass es in den Lieferketten nicht zu Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen komme. Die Firma würde die Einführung verbindlicher Richtlinien begrüssen: «Unserer Ansicht nach können freiwillige Initiativen nicht hinreichend sicherstellen, dass alle Unternehmen die erforderlichen Massnahmen ergreifen.»

Gegenteilig beurteilen der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse sowie der Verband der Industrie- und Dienstleistungskonzerne, Swiss Holdings, die Situation. Beide lehnen einen Gegenvorschlag ab: Dieser fordere eine starre Sonderregelung für die Schweiz, sei international nicht abgestützt und schiesse weit über das Ziel hinaus.